

SCHWÄBISCHES TAGBLATT

Freitag, 5. September 1947 Verlag und Schriftleitung: Tübingen, Umlandstrasse 2 3. Jahrgang / Nummer 71

Die letzte Chance

SOUTHPORT. Der 79. Kongreß der englischen Gewerkschaftler (Trade Unions) wurde am vergangenen Montag vor den Delegierten der mehr als 7½ Millionen britischen Gewerkschaftler eröffnet.

Der Kongreß billigte einen Sonderbericht des Generalrats über die gegenwärtige Wirtschaftslage und will die Pläne der Regierung zur Lenkung und Neuverteilung der Arbeitskräfte unterstützen. Der Bericht empfahl gleichzeitig eine engere Zusammenarbeit zwischen den Trade Unions und der Regierung hinsichtlich der Vorbereitung und Anwendung außergewöhnlicher Maßnahmen und die Schaffung einer Körperschaft, die dem Arbeitsministerium in Lohnfragen an die Hand gehen solle.

Außenminister Bevin erklärte bei einem Diner in Southport: „In gewissen Ländern bildet man sich neuerdings ein, daß wir nicht mehr zu den großen Nationen gehören. Lassen Sie diese Länder in ihren Träumen leben, wir sind immer noch eine große Nation.“

In einer Rede vor dem Kongreß der Trade Unions befaßte Bevin sich vor allem mit dem Deutschlandproblem und erklärte, England könne seine bewaffneten Streitkräfte in Deutschland nicht wesentlich herabsetzen, so lange nicht eine wesentliche Verbesserung des deutschen Problems von den Großmächten angenommen worden sei. Dabei wiederholte er das Angebot an Frankreich und die Sowjetunion, sich an der Zonenvereinbarung zu beteiligen. Europa sei zerrissen und gleiche nicht im geringsten mehr dem Europa des letzten Jahrhunderts. Er werde den Kampf für eine wirkliche Verständigung fortsetzen.

Auf die gegenwärtige Lage Englands eingehend, appellierte Bevin an die Grubenarbeiter, ihre Leistungen zu steigern. Man habe ihn beschuldigt, er versuche, das Land an die USA zu binden: „Ich bin aber hier, um Sie aufzufordern, in Ihren Betrieben für die Unabhängigkeit zu kämpfen. Ich will, daß England vom Osten und vom Westen unabhängig ist.“

Die entscheidende internationale Frage heiße: Wird eine neue Welt entstehen oder wird das frühere Chaos wiederkehren? Der Sicherheitsrat sei ein Mechanismus, der am meisten entscheidend, er wird allmählich zu einer Bühne der Propaganda und Vetos werden in absolut starrer Form angewandt. Wird das andauern?

Die Außenministerkonferenz im November wird „vielleicht die letzte Chance sein, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands und den Wiederaufbau Europas zu erreichen.“

Berliner Besprechungen verschoben

BERLIN. Die für Anfang dieser Woche vorgesehene Fortführung der Dreierbesprechungen über das Ruhrkohlenstatut sind, wie das bei diesen Konferenzen in der letzten Zeit üblich geworden ist, erst einmal um eine Woche verschoben worden und sollen nun am 8. September in Berlin beginnen.

Die Regierung der USA. verwahrte sich am 2. September in einer Note gegen den russischen Protest bezüglich der beabsichtigten Erhöhung des deutschen Industriestandes. Die Note betont zunächst die Bemühungen, die die USA. zwei Jahre lang zur Verwirklichung des Viererabkommens, das 1945 in Berlin unterzeichnet wurde, gemacht hat, demzufolge Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit behandelt werden sollte.

Wörtlich heißt es weiter: „Durch die Tatsache, daß die Sowjetunion den Vertrag nicht zur Durchführung gebracht hat, haben die USA. eine sehr große finanzielle Belastung übernehmen müssen. Aus diesem Grunde hat die Regierung der USA. die Behauptung nicht anerkennen können, daß zur Erleichterung dieser Last keine Maßnahmen getroffen werden dürfen, und sieht nicht ein, weshalb die Westzone im Rahmen des Berliner Ver-

Wahlsieg der Kommunisten

BUDAPEST. Die nunmehr vorliegenden endgültigen Ergebnisse der Wahlen in Ungarn zeigen, daß dort eine Umwandlung des politischen Bildes eingetreten ist, deren Konsequenzen noch nicht zu übersehen sind. Folgende Ergebnisse liegen vor:

Kommunisten: 1.002.997 Stimmen (1945: 797.736), 22 Prozent, 97 Sitze (1945: 27); Kleine Landwirtpartei: 750.082 Stimmen (1945: 2.687.710), 15 Prozent, 67 Sitze (1945: 178).

Sozialdemokraten: 732.178 Stimmen (819.842), 14,5 Prozent, 66 Sitze (73).

Nationale Bauernpartei: 435.170 (329.817), 8,5 Prozent, 29 Sitze (16).

Bei den Oppositionsparteien erreichte die Demokratische Volkspartei (Katholiken) rund 805.000 Stimmen (18 Prozent), die Unabhängige Partei von Pfeiffer 718.193 (14 Prozent), die Unabhängige Demokratische Partei 256.396 Stimmen (5 Prozent).

Nach diesen Zahlen erhält der Regierungsblock 60 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Bei dem Wahlergebnis in Ungarn hat es den Anschein, als wären die Wähler von zwei Polen angezogen worden: dem kommunistischen und dem christlichen. Diese Erscheinung ist aber nicht auf Ungarn begrenzt. Sie ist in den meisten Ländern des Kontinents festzustellen. Während aber in anderen Ländern die beiden Strömungen innerhalb der Regierungen zusammenarbeiten, stehen sie sich gegenwärtig in Ungarn feindselig gegenüber.

„Die Alte Welt ist erschöpft“

Interamerikanischer Beistandspakt unterzeichnet / Rede Trumans

PETROPOLIS. Der interamerikanische Verteidigungspakt wurde am vergangenen Dienstagabend in Gegenwart der Vertreter von 19 amerikanischen Staaten — Ecuador und Nicaragua waren nicht vertreten — feierlich unterzeichnet. Präsident Truman, der am Montag in Rio de Janeiro eingetroffen war, sprach zu den Außenministern der lateinamerikanischen Republiken. Er führte aus:

„Die Welt kann auf uns zählen, denn wir werden unser möglichstes tun um alles zu vermeiden, was die Spannungen im internationalen Leben verstärken könnten.“ Truman wandte sich des weiteren den Schwierigkeiten zu, mit denen die Politik der USA. zu kämpfen habe: „Fast überall in Europa hat sich der wirtschaftliche Wiederaufstieg hinausgezögert. Diese Situation ist hauptsächlich auf die lähmende Wirkung von Angst und Beunruhigung zurückzuführen. In der Welt sind noch viele Nationen einer Art von Fremdherrschaft unterworfen und in Europa und Asien leben noch zahlreiche Völker unter der drohenden Gefahr einer fremden Aggression.“

Die USA. könnten unmöglich allen europäischen Ländern in der gleichen Weise wie Griechenland und der Türkei zu Hilfe kommen. Die USA.-Regierung sei sich jedoch der Notwendigkeit ihrer Hilfeleistung für Europa bewußt.

Die USA. machen Vorbehalte

Abschlußbericht der 16er-Konferenz erst Mitte September

PARIS. Der Bericht über das Produktionspotential und die Bedürfnisse Europas, den der von der Sechzehnerkonferenz geschaffene Ausschuss vorbereitet, wird erst etwa Mitte September fertiggestellt sein. Depeschen aus New York geben nun einigermaßen Aufklärung über die Ursachen dieser Verzögerung. Die Regierung der USA. hatte Kenntnis von den Hauptpunkten des Berichts erhalten und beschloß, in ihren Hauptmitarbeitern Marshall, Georges Kennan, sofort nach Paris zu entsenden, um über die benötigte Erklärung abzugeben, daß die gestellten Anträge keineswegs die Aussicht hätten, die Zustimmung des amerikanischen Kongresses zu finden.

Die Bedenken des Staatsdepartements richteten sich besonders gegen folgende drei Punkte:

1. Eine Forderung von 30 Milliarden Dollar für fünf Jahre sei unangebracht. Im besten Falle könnten 15 Milliarden Dollar bewilligt werden.

2. Die auf der Konferenz vertretenen Staaten setzten ihre ganze Hoffnung auf die amerikanische Hilfe, während Marshall davon ausging, daß in erster Linie Europa aus Eigenem für seinen Wiederaufbau aufkommen müßte und Pläne vorlegen sollte, wie es sich seine wirtschaftliche Zusammenarbeit vorstelle.

3. Die USA. wandten sich dagegen, daß erst in fünf Jahren die europäischen Staaten durch die amerikanische Hilfe so weit wären, ihren Wiederaufbau vorzunehmen. Außerdem nahm das Staatsdepartement Stellung gegen Nationalisierungspläne. Es ist der Meinung, daß die europäische Krise keine Dollarfrage, sondern eine Produktionsfrage sei.

Den von den amerikanischen Sachverständigen gegebenen Anregungen soll nun Rechnung getragen werden. Ein Vierjahresplan der Konferenzteilnehmer für die Produktion wird ausgearbeitet, ebenso ein Programm, das auf finanzielle Stabilisierung abzielt. Schließlich soll die wirtschaftliche Zusammenarbeit der 16 Staaten eingeleitet werden, um allmählich zur europäischen Zollunion zu gelangen.

Nach wie vor wird aber eine Kreditgewährung durch die USA. bis 1951 für unbedingt erforderlich gehalten, um die europäische Wirtschaft bis auf die Getreideinfuhren aus Übersee weithin unabhängig zu machen.

Die Einführung einer Zollunion dürfte indessen zu äußerst vielfältigen Problemen führen, eine Folge der ungleichen Entwicklung der einzelnen Länder und auf Grund des Umstandes, daß gewisse Länder mit nicht-europäischen Ländern bedeutende Handelsbeziehungen unterhalten.

Vor Preissteigerungen in Frankreich

PARIS. Die Gerüchte einer zeitweiligen Sperre der Ausfuhr aus den USA. nach Frankreich haben sich bestätigt. Lediglich Getreide, Kohlen und Fette werden von der neuen Verfügung nicht oder nur teilweise betroffen. Da die Preise bei Unterproduktion eine steigende Tendenz aufweisen, sieht sich die französische Regierung genötigt, eine teilweise Preiserhöhung der Industrieerzeugung von drei bis fünf Prozent zuzugestehen.

Die Lage der Regierung Ramadier ist daher in keiner Hinsicht leicht. Sie hatte ein schweres Erbe anzutreten, denn nach der Befreiung Frankreichs von den deutschen Truppen glaubte das ganze Land, daß die Vorkriegszustände wieder eingetreten seien und man sich keine Einschränkungen auferlegen müsse. Wenn jetzt Schwierigkeiten eingetreten sind, trägt daran nicht die Regierung Ramadier die Schuld, sondern zum Teil die Sorglosigkeit, in der man gelebt hatte.

Eine neue Schwierigkeit ist durch den Antrag der Regierung auf einen Ausnahmekredit in Höhe von acht Milliarden für die Kohlenindustrie eingetreten. Die Finanzkommission der Nationalversammlung hat die Bewilligung der Subvention mit 12 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Novemberkonferenz wird vorbereitet

LONDON. Die sowjetische Regierung hat der britischen Regierung mitgeteilt, daß sie bereit ist, zur Konferenz der stellvertretenden Außenminister am 6. Oktober einen Vertreter zu entsenden. Die stellvertretenden Außenminister der vier Großmächte werden die Aufgabe haben, einen Bericht über die zweckmäßigste Abfassung eines Friedens mit Deutschland auszuarbeiten, und damit die Zusam-

menkunft der Außenminister im November, gleichfalls in London, vorzubereiten.

Die Friedensverträge der Satelliten
LONDON. Da die Russen sich mit der Ratifizierung der Friedensverträge der Satellitenstaaten einverstanden erklärt haben, soll der Austausch der Ratifizierungsurkunden noch im September vollzogen werden. Damit treten die Friedensverträge in Kraft. Zurzeit finden englisch-russische und amerikanisch-französische Beratungen statt, um den Zeitpunkt des Austausches der Urkunden festzulegen.

Palästina unzutriedener denn je
JERUSALEM. Der Bericht des Palästinaausschusses der UN., der einen getrennten jüdischen und arabischen Staat als Lösung des Palästinaproblems vorgeschlagen hat, wird in jüdischen und arabischen Kreisen abgelehnt. Eine arabische Persönlichkeit erklärte, dieser Bericht enthalte nichts, was die Araber nicht schon erwartet hätten. „Kein Araber, keine Organisation, noch eine Regierung wird jemals eine Teilung Palästinas mit den Juden annehmen, unter welcher Form der Plan auch vorgeschlagen werden sollte. Wir werden die Juden und alle diejenigen bekämpfen, die die Juden in einer derartigen Weise unterstützen, daß die ganze Welt darüber erstaunt ist.“

Andererseits bezeichnete das hebräische Befreiungskomitee in Paris die Vorschläge als „undurchführbar“. Der Bericht wache die blutbefleckte britische Verwaltung rein und ignoriere die meisten geographischen, historischen und technischen Gegebenheiten, die mit Palästina und der jüdischen Nation im Zusammenhang stünden. Infolgedessen müsse der Plan verworfen werden, der der jüdischen Nation sein Recht auf ein freies und souveränes Leben verweigere.

England wehrt sich

Von Josef Südnald

England hat durch die beiden Weltkriege so schwere Schäden und Verluste an seiner politischen und wirtschaftlichen Substanz erlitten, daß sich das Gewicht seiner Macht in der Welt nicht unbeträchtlich verringert hat. Einst das weltpolitische und weltwirtschaftliche Kraftzentrum des Erdballs, gefeierter Hort der Weltdemokratie, Schutzherr der Völkerfreiheit und Humanität, steht es heute im Schatten der gigantischen Machtblöcke der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, neben denen das British Commonwealth of Nations nur mehr den dritten Platz im planetarischen Großmächtesystem einnimmt. Einst Weltgläubiger par excellence — London hatte unbestritten das Weltkreditmonopol — ist es heute Schuldner, der in einer schweren Wirtschaftskrise steckt.

Mit 3,5 Milliarden Pfund Sterling Kriegsschulden belastet, davon allein an Indien 1,2 Milliarden, an Ägypten 400 Millionen Pfund Sterling, hat England neben der passiven Handelsbilanz auch eine passive Zahlungsbilanz, verzeichnet es ein alarmierendes Sinken der Produktionskraft der arbeitenden Bevölkerung, das durch die Verschlechterung des Lebensstandards bei stabilen Löhnen, aber anhaltender Steigerung der Preise und durch währungspolitisch begründete Einfuhrbeschränkungen hervorgerufenen Verknappung der Verbrauchsgüter bedingt ist, und muß sich zu weitgehenden Einschränkungen der Lebensweise durch Drosselung der Lebensmittelfuhr bequemen, die von der Masse des Volkes als Auswirkung des Krieges stoisch, aber unwillig ertragen werden.

Dazu kommt, daß außer dem Handelsdefizit von fast 800 Millionen Pfund Sterling und der trüben Aussicht, daß die USA.-Dollaranleihe trotz aller Einschränkungen bis Ende 1947 aufgebraucht sein wird, die Vereinigten Staaten an allen Ecken und Enden der Welt als finanziell überlegene Anleihenbesonderer und Kapitalinvestoren das Erbe Englands antreten scheinen, indem sie die britischen Positionen wirtschafts- und machtpolitisch ablösen und der Wiederaufstieg des britischen Welt Handels, auf dem Englands Reichtum beruht, durch den Rückgang der Kohlenproduktion, die allgemeine Transportkrise, den Verfall der Währungen, die Schwächung der Kaufkraft Europas und Chinas gehemmt ist.

Außenpolitisch ist England gezwungen, seine militärischen Engagements teils einzuschränken, teils völlig abzubauen, seine Oberhoheit über so zukunftsreiche Gebiete wie Indien und Ägypten aufzugeben und in der Behandlung der Europaprobleme zu laivieren.

Die derzeitigen Schwierigkeiten Englands spiegeln sich am greifbarsten in dem Aufschwub der Nationalisierung der Eisen- und Stahlindustrie durch das Labourkabinett Attlee wider. Aber so krisenhaft auch die Gesamtlage Englands erscheint, besonders unter dem Gesichtswinkel der robusten Kraft, mit der von Osten her der Bolschewismus seine politischen Ziele vorreibt und vom Westen her die Vereinigten Staaten mit der Dollar-Diplomatie und Atomstrategie das Kampffeld der Weltpolitik zu beherrschen streben, so sicher wird England durch die Zähigkeit überraschen, mit der es die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Stabilität und die Wiederaufrichtung seiner politischen Macht durchsetzen wird.

England beobachtet mit der ihm eigenen überlegenen Ruhe die Entwicklung des planetarischen Wachstumswillens, der von Moskau und von Washington aus in die Welt hineindringt. England wartet im Bewußtsein seiner natürlichen Stärke, die sich in der British Commonwealth offenbart, ab, wie sich die beiden auf Befriedigung des Sicherheitsbedürfnisses ausgerichteten, von Machtfülle strotzenden, auf der Souveränität ihrer Staatswesen aufgebauten Imperialismen miteinander zurechtfinden. Es gibt keine Stellung preis, die für die Existenz seines Empires lebenswichtig ist. In diesem Sinne ist z. B. die Räumung Indiens keinesfalls ein „weltpolitisches Dünkirkchen“, sondern ein die Zukunft des britischen Reiches sichernde staatsmännische Akt, der die trotz aller Schäden und Verluste ungebrochene Kraft Englands zeigt.

Infolge der durch die Anpassung an die weltkriegsbedingten Machtverschiebungen vollzogenen Auflockerung des Empires — seit dem Westminster Statut von 1930 steht es nicht mehr bevorrechtet über, sondern gleichberechtigt neben den Gliedstaaten, die durch ihre Treue und Kriegleistungen 1914 ebenso wie 1939 die Festigkeit des British Commonwealth bewiesen haben — führt England eine an tatsächlicher Macht dem sowjetrussischen und us-amerikanischen Machtblock nicht unterlegene Machgruppe, deren Bedeutung in dem Ringen um den Ausgleich der Ost-West-Interessengegensätze und dem Einsatz für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens in Erscheinung treten wird.

Wo immer sich „weak spots“ (schwache Stellen) herausbilden, „neutralistische Punkte“ an Kreuzungen der Weltmächteinteressen bestehen, da wird England und sein Empire zur Stelle sein, um den Frieden zu retten. Seine 400jährige Erfahrung als Großmacht, die Größe seiner Staatskunst, die Weltweite und Weisheit seiner in allen Erdteilen erprobten politischen Grundsätze werden seiner Stimme auch künftig ein Gewicht geben.

